

## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoglu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Starke Schulfamilie gegen Hass im Netz (Hate Speech stoppen V)**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- das Thema Hate Speech als schulart- und fächerübergreifenden Bildungs- und Erziehungsziele in der Medienbildung/Digitale Bildung zu verankern;
- Unterrichtsmaterialien und eine Handreichung zum Thema Hate Speech bereitzustellen, um alle Lehrkräfte zu befähigen in ihrem Unterricht „Hass im Netz“ zu thematisieren.
- Inhouse-Schulungen für Lehrkräfte, Schulpsychologen und Beratungslehrkräfte zum Thema Hate-Speech und Intervention anzubieten;
- die Konzeption der von Ministerpräsident Söder angekündigten Außenstelle der Landeszentrale für politische Bildung in Augsburg um das Problemfeld Hate Speech zu erweitern.

#### **Begründung:**

Der Begriff Hate Speech umfasst nach der Definition des Europarats: „...jegliche Ausdrucksformen, welche Rassenhass, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus oder andere Formen von Hass, die auf Intoleranz gründen, propagieren, dazu anstiften, sie fördern oder rechtfertigen, unter anderem Intoleranz, die sich in Form eines aggressiven Nationalismus und Ethnozentrismus, einer Diskriminierung und Feindseligkeit gegenüber Minderheiten und Menschen mit Migrationshintergrund ausdrückt.“ (Europarat, Ministerkomitee, Empfehlung Nr. (97) 20).

Hate Speech im Internet ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das sich nur lösen lassen wird, wenn wir auf vielen Ebenen dagegen vorgehen. Hate Speech erfordert zuverlässig Gegenreaktionen und Konsequenzen. Wir müssen Zivilcourage und Solidarität online ebenso leben und sprachlich klar formulieren wie offline. Es muss jeder und jedem klar sein, dass Hass im Netz nicht toleriert wird und rechtliche Konsequenzen hat. Und noch wichtiger: jede und jeder

muss die Sicherheit haben als Betroffene von Online Hate Speech nicht verloren zu sein in den Weiten des Netzes

Statistiken zeigen: Vor allem Jugendliche sind mit Hate Speech im Netz konfrontiert. Bayern muss deshalb das Thema „Hate Speech“ als schulart- und fächerübergreifenden Bildungs- und Erziehungsziele in der Medienbildung/Digitale Bildung verankern. Kinder und Jugendliche sind dem digitalen Hass oft weitgehend ungeschützt ausgesetzt. Sie sind besonders verwundbar und müssen deshalb besonders geschützt werden. Vor allem Kinder und Jugendliche dürfen beim Verarbeiten von Gewalterfahrungen nicht allein gelassen werden. Um zu verhindern, dass falsche Informationen weiterverbreitet werden und größeren Schaden anrichten, müssen Kinder und Jugendliche lernen, wie man Informationen prüft, hinterfragt und ggf. aussortiert. Bestenfalls sind sie in der Lage falsche Informationen zu identifizieren und richtigzustellen.

Eine Schlüsselkompetenz, die an den Schulen vermittelt werden muss, beinhaltet auch den Umgang mit digital verbreitetem Hass. Betroffene müssen wissen, wie sie sich gegen Hate Speech und digitale Gewalt wehren können. Hierfür müssen die Lehrerinnen und Lehrer mit den entsprechenden Unterrichtsmaterialien ausgestattet werden. Es ist darüber hinaus eine Handreichung zum Thema Hate Speech bereitzustellen, um alle Lehrkräfte zu befähigen in ihrem Unterricht „Hass im Netz“ zu thematisieren. Ziel ist hierbei die Reflektion des Problemfeldes und Sensibilisierung für das Thema bei Schülerinnen und Schülern.

Als dritten Baustein benötigen wir Inhouse-Schulungen für Lehrkräfte, Schulpsychologen und Beratungslehrkräfte zum Thema Hate-Speech und Gegenstrategien. In der Präventionsarbeit gegen Cyber-Mobbing und Hate Speech steht die Förderung der Medienkompetenz, die Vermittlung kommunikativer Kompetenzen und die Stärkung von Selbstvertrauen im Zentrum der vermittelten Fähigkeiten.